

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 669

Mittwoch, 28. November 2018

25. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Ankunft der Karawane in Tijuana.....	1
Zwei Unternehmer stehen wegen illegaler Wahlkampffinanzierung vor Gericht.....	2
Bergbauminister: Wie die Volksbefragung zum Projekt Minera San Rafael organisiert wird.....	3
Die Fallstricke des Haushaltes 2019.....	4
Tragödie auf dem Atitlán-See.....	5
Sparsame Kochherde in Guatemala vermeiden drastische Strafen.....	6

Editorial

In den letzten beiden Ausgaben haben wir den Weg der Karawane der MigrantInnen verfolgt. Erst in Chiapas, zuletzt in Mexiko-Stadt. Inzwischen sind die ersten in Tijuana angekommen. Der selbe Autor wie im letzten Heft berichtet.

In dieser Ausgabe wollen wir uns aber doch mal wieder der guatemaltekischen Innenpolitik widmen. Dem Gerichtsverfahren gegen UnternehmerInnen wegen illegaler Wahlkampffinanzierung, dem Haushalt (z.T. mit Freibrief für die Selbstbedienung einiger Abgeordneter; vor allem aber der Erhöhung der Mittel für Militär und Verkehrswesen, und die Kürzung bei der Justiz, dem Menschenrechtsbüro PDH, der USAC, der Bildung etc.).

Und unserer guter Freund Andreas Boueke hat uns Neues zum Kochherd-Projekt des Welthauses Bielefeld geschickt.

Ankunft der Karawane in Tijuana

Tijuana, 16. Nov. - Der Exodus der ZentralamerikanerInnen hat in drei Tagen, z.T. in Bussen, mehr als 2.000 Kilometer durch die mexikanischen Bundesstaaten Jalisco, Nayarit, Sinaloa und Sonora zurückgelegt und Tijuana erreicht, direkt an der Grenze zu Kalifornien. Das Paradoxe ist, dass jene, die die Karawane am wenigsten goutierten, die grössten Anstrengungen unternahmen, dass sie vorankamen. Nun sind die USA auf der anderen Seite sichtbar. (...)

Wer Carlos Alfredo Pavón Canelas, 22, aus der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa stammend, fragt, was sein schönster Moment während der Karawane war, der hört: "Der schönste Moment ist, wenn wir losgehen. Da steigt das Adrenalin. Wir sind glücklich, weil wir vorangekommen sind. Wir wollen unser Ziel, Tijuana, erreichen. Wir wollen auf die andere Seite der Grenze!" Diese Gruppe von erschöpften, schmerz erfüllten und kranken Menschen, die schreckliche Leiden mit sich herumschleppen, bewegen dieser Tage die Menschen zu einem Gefühl zärtlicher Solidarität. Sie lächeln, sie singen ("feliz navidad, feliz navidad"), bitten um Wasser und scherzen mit denen, die aus einem anderen Auto abgeholt wurden und gezwungen sind, am Rande zu gehen. Sie sind nun dort, wo sie hinwollten. Das war ihre Mission und sie fühlen sich unzerstörbar. Für einen Augenblick vergessen sie die kriminellen Gangs, die Erpressungen, die Tagelöhne von 100 Lempiras, vielleicht 3,60 €. Das Kommen und Gehen bei der Suche nach Arbeit, die niemals da ist. (...) Wir kommen voran, und das ist alles, was zählt. (. .)

Montag, 12. November, 22.00 Uhr. Der zigste Moment des Chaos und der Unsicherheit. Der grösste Teil der Gruppe ist in Guadalajara, Jalisco. Sie leben im Hörsaal Benito Juárez, einem Veranstaltungszentrum. Sie sind vielleicht die am besten vorbereiteten Unterkünfte, die in den letzten Tagen des langen Marsches angesteuert wurden. Männer und Frauen getrennt, Familien und alleinreisende Männer. Es gibt ein Dach über dem Kopf, feste Zeiten fürs Essen und die Essensverteilung. Sie kamen in Bussen, die sie von den Orten abgeholt haben, in denen sie ihre Fußspuren hinterließen.

Eine Aufnahme begrüsst die Neuankömmlinge: "Hilf uns, ihnen zu helfen", sagt sie. Und warnt sie, dass Waffen und Drogen verboten seien und, wenn sie illegale Substanzen hätten, sie in den Müll werfen sollen. Netter Versuch. (...) Inzwischen diskutieren in einer kleinen Ecke am Eingang zum Hörsaal die KoordinatorInnen der Karawane und Mitglieder der *Völker ohne Grenzen*, wie es weitergehen soll. Es wird 20 Uhr, aber es gab keine Versammlung, weil niemand etwas zu sagen wussten. (...) Wir sind dabei, die grösste Beschleunigung der gesamten Reise anzugehen, in drei Tagen wird mehr als ein Drittel dieser Menschen in Tijuana sein und der Rest auf dem Weg dorthin. Aber nun liegen die Nerven blank und es herrscht Verwirrung. Ein weiteres Treffen zwischen RepräsentantInnen der Karawane (inzwischen 40 KoordinatorInnen, die sich von den anderen dadurch unterscheiden, dass sie ein Megaphon haben) und dem Generalsekretär der Regierung von Jalisco, Roberto López Lara, einem Delegierten der föderalen Exekutive und mit Mitgliedern der Nationalen Kommission für Menschenrechte und dem entsprechenden Gremium in Jalisco. Der Vertreter von Jalisco sagt, dass sie nicht länger für sie sorgen könnten und Busse zur Verfügung hätten, die sie an die Grenze zum nächsten Bundesstaat bringen würden. Dort müssten die MigrantInnen schauen, dass sie das 30 Kilometer entfernte Ixtlán del Río erreichen, wo dann die Behörden des Bundesstaates Nayarit andere Busse hätten, um sie nach Sinaloa zu bringen. Das Argument, die Gruppe wie eine heisse Kartoffel fallen zu lassen: Der Hurrikan Willa habe die Region heimgesucht und sie wissen nicht, wie sie die MarschiererInnen versorgen sollen.

(...) Die Staaten, die die Karawane am wenigsten goutierten, unternahmen die grössten Anstrengungen, damit sie voran kamen. Das Vorgehen hatte noch eine andere Konsequenz: die Gruppe wurde getrennt. Niemand hatte es vorher erreicht, aber es war unvermeidlich. Die Karawane zog sich nun von Navojoa im Bundesstaat Sonora bis Tijuana. So an die 1.200 Kilometer. Es gibt versprengte, verwundbare Gruppen, abhängig von Transportmitteln. Das machte es schwer, auf jeden Einzelnen zu achten. Von diesen grossen Paradoxien profitierte Wilmer Pinto, ein 42-jähriger Guatemalteke, der mit seiner Frau und seinen drei Kindern unterwegs ist. Er ergatterte einen der Busse, die nach Mexicali (*Hauptstadt des mexikanischen Bundesstaates Baja California, d.Red.*) führen. Er stammt aus Izabal, obwohl er zuletzt in San Miguel Petapa (*20 Kilometer von Guate entfernt, d.Red.*) wohnte. Von dort musste er vor einem Jahr nach Villanueva fliehen, da Mara Salvatrucha von ihm zweimal 500 Q (= 56.58 €) im Monat verlangte, sonst würde er umgebracht. Wilmer arbeitete als Sicherheitswächter und verdiente weniger als 3.000 Q (= 339,45 €) im Monat. Wie sollte er so leben? Ein Drittel seines Gehaltes jemandem zu geben, ohne zu wissen, ob sie ihn dann nicht trotzdem umbringen. "Bald sind wir da. Vielleicht haben wir eines Tages zu essen, aber ich bin glücklich. Bald sind wir da", sagt er.

Vor ihm steht ein riesengrosser Metallzaun, der die USA von Mexiko trennt. Dort ist er jetzt. Der "amerikanische Traum" befindet sich hinter dem Zaun. Auf der anderen Seite sind Militärs, Patrouillen. Alle entschlossen, nicht zuzulassen, dass Leute wie Wilmer Pinto, die flohen, um ihr Leben zu retten, sich dort ansiedeln und arbeiten können. Aber der Mann, der seine kleine schlafende Tochter trägt, hat einen unerschütterlichen Glauben und wenig Wissen. Er ahnt nicht, dass sie ihn von seinen Kindern trennen könnten. Er weiss nicht, dass es ein System gibt, das genau die Leute wie er, die alles zurückgelassen haben, zurückweisen. Er weiss nicht, dass diese Ordnung des US-Präsidenten Donald Trump ihn trotz der Banden, die ihn bedrohen und dass trotz der Nachweise, die den Staatsanwaltschaften vorgelegt werden, nicht schützt. Dass niemand dieser Menschen auf dem Exodus das US-Territorium wirklich erreichen wird.

Der Plan war bisher klar. Aber nun ist da der Metallzaun. Und das ist fast noch das kleinste Probleme von denen, die da noch auf sie zu kommen werden. Das Unwissen macht sie verwundbar. Pinto weiss, wie man flieht, aber er hat keine Ahnung, was ihn in der Zukunft erwartet.

Die Karawane ist in Tijuana angekommen. Hier ist ein riesengrosser Zaun und eine unendliche Unsicherheit. (Plaza Pública)

Zwei Unternehmer stehen wegen illegaler Wahlkampffinanzierung vor Gericht

Guatemala, 21. Nov. - Die Bauunternehmer Oscar Augusto Guerra Villeda und José René González-Campo Hinojosa sind nun die ersten, denen wegen illegaler, d.h. nicht registrierter Wahlkampffinanzierung der Prozess gemacht wird – also nach der soeben in Kraft getretenen Reform des Artikel 407 des guatemaltekischen Strafgesetzbuches (siehe **¡Fijáte!** 667). Die AnwaltInnen der Angeklagten hatten gebeten, dass diesen ein fehlendes Wissen über die Strafbarkeit der Handlung attestiert werden müsse, da diese Reform des Paragraphen, der die illegale Wahlkampffinanzierung regelte, gerade erst verändert worden sei. Daher seien die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft unzulässig.

Das sah die Richterin Erika Aifán freilich anders: Für sie seien die Taten der beiden UnternehmerInnen nicht erst mit der Reform, sondern schon immer strafbar gewesen. Sie eröffnete daher den Prozess mit Bezug auf den gerade geschaffenen Straftatbestand in Artikel 407O, die nicht-registrierte (*also nicht der Obersten Wahlbehörde gemeldeteten*) Wahlkampfhilfe. González-Campo wird beschuldigt, eine Zuwendung in Höhe von 558.000 Q (= 63.158 €) zur Wahlkampagne des z. Z. flüchtigen Alejandro Sinibaldi geleistet zu haben. Guerra Villeda hatte 143.200 Q (= 16.200 €) an die Druckerei *Impresos Urbanos, S. A.*, überwiesen, ein Unternehmen von Sinibaldi.

Andere Beschuldigte

Gegen elf weitere Personen – UnternehmerInnen, AnwältInnen und BeamtInnen – laufen Strafprozesse wegen ihrer mutmasslichen Beteiligung an einer kriminellen Struktur, die von dem ehemaligen Verkehrsminister Sinibaldi (damals Mitglied der Patriotischen Partei PP) geleitet wurde (*Der Fall «Bauwesen und Korruption», d.Red.*). Aifán entschied, dass es genügend Indizien dafür gebe, dass die Staatsanwaltschaft weiter zu dem Verdacht ermitteln kann, dass die elf Personen an einem vermuteten Netzwerk beteiligt waren, das Geldwäsche, Bestechung, Wahlkampffinanzierung, Schein-Arbeitsplätze und Manipulation von ZeugInnen betrieben hat.

So wird Delfo Juan Carlos Cepollina Cabrera wegen Geldwäsche angeklagt, da er für Sinibaldi Gelder in Höhe von 6,117 Mio. \$ über eine Offshore-Firmen in Panama gewaschen haben soll.

Gegen María José Pepió Pensabene (*Direktorin der Nationalen Vereinigung der Wohnungsbaufirmen, d.Red.*) und Erick Armando Soto Herrera wird wegen des Deliktes der Unterschlagung ermittelt. Pepió Pensabene wird vorgeworfen, dass sie zwischen 2013 und 2015 als Consultant ein Gehalt in Höhe von 118.000 Q (= 13.352 €) von der Generaldirektion für Post und Telegrafienwesen erhalten, aber dort nicht gearbeitet habe. Soto Herrera wird vorgeworfen, als stellvertretender Generaldirektor der genannten Institution den illegalen Vertrag mit Pepió erstellt zu haben.

Gegen Claudia Carolina Ruano López de Vásquez (*Repräsentantin der Valores Dinámicos, S.A., d.Red.*) wurde ein Strafverfahren wegen Geldwäsche eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft legt ihr zur Last, die Herkunft von 1,5 Mio. \$ (= 1,3 Mio. €) verschleiert zu haben.

Gegen Jorge Rodolfo Ortiz Asturias (*stellvertretender Verkehrsminister in der Zeit von Sinibaldi, d.Red.*) wird ermittelt wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche sowie Unterschlagung. Bei ihm geht es darum, dass er 2,6 Mio. \$ (= 2,3 Mio. €) von dem brasilianischen Bauunternehmer Odebrecht erhalten hatte.

Carlos René Micheo Fernández (*Buchhalter von Sinibaldi, d.Red.*), Otto Emilio Santano Cintora (*über den hat die Redaktion nichts herausbekommen*) und Lindsay Sabrina Rivadeneyra (*Direktorin von Grupo Integracion Arquitectonica, S.A., Panama*) erwartet ebenso ein Strafverfahren wegen Geldwäsche.

Und schliesslich sei noch das Strafverfahren gegen William René Méndez (*Anwaltsbüro Mendez & Araujo, d.Red.*), Mario Roberto Méndez Álvarez (*Leitender Mitarbeiter der Juristischen und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der USAC, d.Red.*) und Gustavo Adolfo Estrada Ramírez (*Anwalt und Notar, leitender Mitarbeiter im Justizwesen, d.Red.*) wegen Strafvereitelung im Amt genannt. Die drei hätten – so der Vorwurf – versucht, auf einige ZeugInnen im Fall Sinibaldi Einfluss zu nehmen, darunter auf die ehemalige Assistentin Sinibaldis, Aneliese Herrera. Ziel war es, dass diese ihre Aussagen ändern.

Bergbauminister: Wie die Volksbefragung zum Projekt Minera San Rafael organisiert wird

Guatemala, 20. Nov. - Der Minister für Bergbau und Energie, Luis Chang, reagierte diesen Dienstag auf die Vorwürfe der Gemeinde der Xincas gegen ihn, es habe ungesetzliche Verfahren bei der Festlegung des Areals eines möglichen Bergbauprojektes El Escobal, im Besitz des Unternehmens Minera San Rafael, gegeben. Chang erklärte, dass das Umweltministerium (MARN) das Areal für das Projekt nach Massgabe der Umweltverträglichkeitsstudie, welches das Unternehmen in Auftrag gegeben hatte, und in Übereinstimmung mit dem Urteil des Verfassungsgerichts festlegen werde. Allerdings, so sagte er weiter, "gibt es da eine grundsätzliche Opposition dagegen, dass das MARN dieses Areal festlegt. Wir respektieren, wie wir es immer gesagt haben, den Prozess, wie ihn das Verfassungsgericht angeordnet hat und handeln entsprechend". Die Arbeit an dem Projekt wurde am 5. Juli 2017 vom Obersten Gerichtshof (CSJ) gestoppt – ein Stopp, der vom Verfassungsgericht bestätigt wurde. Dessen Urteil vom 3. September 2018 besagte, dass das Bergbauprojekt beginnen könne, das Bergbauministerium (MEM) aber "unverzüglich" eine Beratung der indigenen Gemeinde organisieren müsse.

Das Volk der Xinca und das Parlament der Xinca beantragten am Montag gegenüber dem CSJ eine Anzeige gegen die Ministerien MARN und MEM sowie die Minera San Rafael, da diese in ungesetzlicher Art von neuem das Areal für das Projekt El Escobal festlegen und dabei die Belange der Xinca nicht berücksichtigen würden. Während das Bergbauunternehmen versicherte, dass es sich an das Gerichtsurteil halten werde, dass das Areal vom MARN neu festgeschrieben werden dürfe, sehen das das Beratungsunternehmen, das die Umweltverträglichkeitsstudie geschrieben hatte, und die Universitäten von San Carlos und De Valle (*die anthropologische Gutachten erstellt hatten, d.Red., siehe ¡Fijáte! 664*) anders.

Der Bergbauminister sagte am Dienstag, dass "es ihm wichtig sei, zum Konsens und Dialog aufzurufen, die wir stets gesucht haben, um die anstehenden Probleme zu lösen". Er machte seine Presserklärungen, nachdem er an einem Treffen der Initiative für Transparenz der extraktiven Industrien (EITI) in Guatemala teilgenommen hatte, dem auch Vize-

präsident Jafeth Cabrera beiwohnte. Das MEM benannte den Donnerstag, 15. November, als den Tag, an dem der Prozess der Volksbefragung eingeleitet werden solle, indem ein Tisch zur Vorinformation gebildet wird – ganz nach den Bestimmungen des Urteils des Verfassungsgerichts. Chang erklärte, dass es in dem Prozess eine Phase der Information über das aktuelle Geschehen geben solle, und danach die Befragung in allen teilnehmenden Gemeinden anlaufen sollen. Chang sagte, dass dieser Prozess der Befragung der indigenen Gemeinden des Gebiets des Projektes El Escobal der Minera San Rafael ungefähr 2,5 - 3 Mio. Q (zwischen 283.000 und 339.452 €) kosten werde. Jedenfalls erwarte das sein Ministerium bei den anstehenden Verhandlungen mit dem Finanzministerium über den Haushalt 2019. (...)

In dem Urteil des Verfassungsgerichts werden – so Chang – zehn Institutionen definiert, die an dem Prozess beteiligt sein sollen: die Ministerien für Umwelt, Kultur und Bergbau, die Ständige Kommission für Dialoge des Präsidialamtes, das Unternehmen Minera San Rafael, die indigenen Verbände in dem Areal des Projektes, die BürgermeisterInnen in dem Areal und das Menschenrechtsbüro (PDH). Chang deutete an, dass der Termin der Vorbefragung davon abhängt, ob die befragten Gemeinden die Namen der jeweiligen RepräsentantInnen und ihrer StellvertreterInnen nach den Vorgaben des Gerichts erheben. Danach werde der Prozess der Befragung an einem noch nicht festgelegten Termin stattfinden. Er hoffe jedoch, dass die vorherigen Phasen in rascher Folge vonstatten gehen werden. In Bezug auf die Gemeinden, die die Befragungen durchführen sollen, erklärte der Minister, dass er deren Namen noch nicht habe, da diese von der Festlegung des Areals abhängen, wie es das Gerichtsurteil und die Studie sagen. Nach den Daten, die die Bergbaufirma vorschlägt, wären dies die folgenden zehn Gemeinden: Los Planes, La Cuchilla, El Fucio, Las Nueces, Sábana Redonda, El Volcancito, San Juan Bosco, Estanzuelas, El Quequexque und der städtische Teil von San Rafael Las Flores.

Die Fallstricke des Haushaltes 2019

Guatemala, 19. Nov. - Der vom Finanzausschuss vorgebrachte Haushaltsentwurf 2019 geht seiner Verabschiedung entgegen. Er passierte nun die dritte Lesung. Es gab dabei verdächtige Anpassungen zugunsten jener Institutionen, die im Wahljahr eine wichtige Rolle spielen werden. Wir analysieren an dieser Stelle jene Veränderungen, die (*nach Ansicht von Nómada, d.Red.*) sachlich nicht gerechtfertigt zu sein scheinen.

Das Finanzministerium brachte seinen Haushaltsentwurf 2019 im Kongress ein, ein sehr wichtiges Jahr, weil es das letzte Jahr der Amtszeit von Jimmy Morales ist und sich das öffentliche Interesse auf den bevorstehenden Wahlkampf richtet. Der Finanzausschuss des Kongress nahm schliesslich einige Anpassungen vor, die Unbehagen in den betroffenen Institutionen, bei einigen Abgeordneten selbst und in den Analysten der öffentlichen Ausgaben ausgelöst haben. Diesen Montag wurde der Vorschlag des Ausschusses trotz der Kritik an dem Entwurf mit 113 Stimmen in dritter Lesung angenommen.

Die Kritiker diskutierten die Anpassungen zugunsten von Ministerien, die das ihnen zugeordnete Geld im vergangenen Jahr nicht sinnvoll ausgaben oder die nicht Teil einer Prioritätenliste bei den öffentlichen Investitionen waren. Mitglieder der Fraktion von TODOS trugen einige Tage lang ein Spielzeuggewehr in den Kongress, um den Nutzen des Militärs in Frage zu stellen. Nun muss jedoch noch Posten für den Haushaltsentwurf und die Schlussredaktion verabschiedet werden, wobei noch Änderungen vorgeschlagen werden können. Der Finanzausschuss hat eine Höchstgrenze des Haushalts in Höhe von 87,715 Mrd. Q (= 9.925 Mrd. €) festgelegt, 2,6 Milliarden Q (= 294 Mio. €) weniger als die Exekutive beantragt hatte. Das Finanzministerium hatte im August Ausgaben in Höhe von 89,775 Mrd. Q (= 10,15 Mrd. €) gefordert. Die Veränderungen, die die Abgeordneten des Finanzausschusses vornahmen, haben aus verschiedenen Gründen für Unruhe gesorgt. Der Kongress war gespalten, weil darin Unregelmässigkeiten festgestellt wurden. Das Zentralamerikanische Institut für Studien über Steuerpolitik (ICEFI) hat die zehn offensichtlichsten Unregelmässigkeiten, die sie gefunden hat, aufgelistet (*wovon die Redaktion drei hier wiedergibt*). Kritik an dem Haushaltsentwurf kam von einigen Abgeordneten. So sprach der UNE-Abgeordnete und ex-Parlamentspräsident Mario Taracena davon, dass "dieser Entwurf im Geheimen ausgekugelt wurde" und dass nicht alle Mitglieder des Ausschusses diesen Entwurf unterzeichneten und die Zuweisung zu den einzelnen Haushaltsposten beherrscht worden sei von Deals und Korruption. Bestimmte Quellen aus dem Kongress stellten klar, dass bei der Zuweisung zu einigen Ministerien, insbesondere jenen für Gesundheit, Soziale Entwicklung (MIDES) und Landwirtschaft und Viehzucht (MAGA) persönliche Interessen der Abgeordneten eine Rolle gespielt haben. Diese Klagen können nicht bestätigt werden, bis der Haushalt angenommen und umgesetzt wird, aber es ist bereits jetzt offensichtlich, dass einige Mitglieder des Finanzausschusses von dem Entwurf begünstigt werden. (...)

1. Dem MIDES werden 260 Mio. Q (= 29,42 Mio. €) zusätzlich für Hilfsdienste und Sozialprogramme zugewiesen – und zwar im Bereich der Stiftungen, Dienstleistungen und Infrastruktur für die soziale Entwicklung.

Trick: Das MIDES hat 2017 nur 51 % der Mittel ausgegeben. Mit dem Anstieg der Mittel hat der Finanzausschuss 100 Mio. Q (= 11,315 Mio. €) für Hilfsdienste und Sozialprogramme und 50 Mio. Q (5,66 Mio. €) für Stiftungen, Dienstleistungen und Infrastruktur für soziale Entwicklung insbesondere jene Bereiche zusätzlich gefördert, die aufgrund ihrer schwierigen steuerlichen Beurteilung besonders stark von Missbrauch und Korruption betroffen sind.

Um einige dieser zusätzlichen Zuweisungen im Haushalt wieder hereinzuholen, musste der Finanzausschuss andere Fonds kürzen, etwa für Investitionen in Ausrüstungen für MIDES, die institutionelle Verwaltung, das Unterstützungsprogramm für einen angemessenen Lebensmittelkonsum und die Prävention von Kriminalität bei Jugendlichen und jungen Menschen. (...)

2. Ausserordentliche Zuwendung von 25 Mio. Q (= 2,83 Mio. €) für das Nationale Schulungszentrum für Landwirtschaft (ENCA).

Trick: Einige zivilgesellschaftliche Organisationen beklagten, dass der UNE-Abgeordnete Fidel Reyes Lee (*der nicht Mitglied des Finanzausschusses ist, d.Red.*) diese Erhöhung gefordert habe – und zwar, weil er gemeinsam mit dem ex-Präsidenten Alfonso Portillo diese Einrichtung unter seine Kontrolle bekommen wolle. Laut Dokumenten der Vereinigung der Diplomierten Landwirtschafts- und ForstwissenschaftlerInnen habe Reyes Lee versucht, Gesetze durchzusetzen, um im Vorstand der Vereinigung und der Schule bleiben zu können. Mit der (*gescheiterten*) Gesetzesinitiative 5110 hat er sein persönliches Interesse an der ENCA und seinen finanziellen Mitteln offensichtlich werden lassen. Laut Verfassung muss die Schule 5% des Haushalts der MAGA erhalten.

3. Das Aussenministerium (MINEX) wird nach Massgabe des Finanzausschusses ein Plus von insgesamt 65 Mio. Q (= 7.355 Mio. €) für konsularische Dienste und die Angelegenheiten von MigrantInnen erhalten.

Trick: Das MINEX hat diese Mittel 2018 dafür verwendet, um die CICIG zu bekämpfen und aus dem Land zu schmeissen. „Diese Veränderung ist angesichts dieser Politik fragwürdig, aber auch angesichts der vielen Klagen darüber von Seiten der Guatemaltekinnen im Ausland“, schreibt die ICEFI.

Die Bestrafung der Justiz und die Belohnung des Militärs

Laut den ExpertInnen der ICEFI zeigt sich die Gesamtkürzung von 2,6 Mrd. Q (= 294 Mio. €) daran, dass die Universität San Carlos (USAC), der Justizsektor insgesamt, die Staatsanwaltschaft im Speziellen und die Oberste Steuerverwaltung weniger Geld erhalten. Gegen die Kürzungen in diesen Bereichen steht die Zunahme der Ausgaben für das Verteidigungsministerium um 619 Mio. Q (= 70 Mio. €) gegenüber den Vorjahren. Dieses Vorgehen hat scharfe Kritik in der Öffentlichkeit hervorgerufen und wurde als Bestrafung des Justizwesens und der Bildung empfunden. „Was die Kürzungen im Haushalt angeht, so hat der Finanzausschuss jene Bereiche gekürzt, die direkt der Bevölkerung zu Gute kommen“, heisst es in der Erklärung von ICEFI. So seien im Innenministerium 194 Mio. Q (= 22 Mio. €) und 155 Mio. Q (= 17,54 Mio. €) im Bildungshaushalt weggefallen.

Den Anstieg im Militärhaushalt verteidigt der Abgeordnete der Regierungspartei und weist darauf hin, dass die zusätzliche Summe der Abteilung der Ingenieure des Heeres zukommen solle. „Im Haushalt von 2016 wurde der Kauf von Maschinen für die Asphaltierung der Strassen eingestellt und auch gekauft, aber es gab dann kein Geld dafür, die Strassen auch zu asphaltieren. Wir weisen nun 150 Mio. Q (= Mio. €) an, um das dazu nötige Material zu kaufen, aber wollen diesen Betrag reduzieren, um der USAC und den ÄrztInnen mehr zu geben“, erklärte Franco gegenüber Nómada. Er fügte hinzu, dass die Kürzungen für das Militär höher hätten sein sollen.

Die Klagen, die Nómada von verschiedenen Seiten und anonymen Quellen genannt wurden, betreffen auch den Anstieg der Ausgaben um 1,664 Mrd. Q (= 188,2 Mio. €) für das Verkehrsministerium. Das ist ein Plus von 34% gegenüber dem aktuellen Haushalt und deutet auf eine hohe Priorität innerhalb des politischen Haushalts hin. Von seinem Haushalt 2017 hat das Ministerium gerade einmal 59 % ausgegeben. Es besteht jedoch der Verdacht, dass dieses Geld für öffentliche Bauaufträge vergeben wird, um die für die Verabschiedung dieses Haushaltsplans erforderlichen Stimmen zu erhalten. (Nomada)

Tragödie auf dem Atitlán-See

Panajachel, 15. Nov. - Ein Schiff verunglückte auf dem Atitlán-See. Die heftigen Winde zogen das Schiff, das vom Strand von Panajachel abfuhr, in einen Strudel, genannt Xocomil. Das Wetter verhinderte, dass es richtig gesteuert werden konnte. An Bord des kleinen Bootes waren 17 Personen. Zehn von ihnen konnten leicht verletzt oder mit einem Nervenzusammenbruch gerettet werden, drei Personen starben, vier sind weiterhin vermisst.

Die Städte am Atitlán-See benutzen Boote, um von einem Ort zum anderen zu kommen. Durch den Seetyp und die Lage der Berge entstehen Winde, die zu einer bestimmten Tageszeit einen starken Strudel verursachen, den die Bootsführer zu meiden suchen. Diesmal gab es kein Glück bei den Wetterbedingungen und es kam zu einer Tragödie.

Sparsame Kochherde in Guatemala vermeiden drastische Strafen

Unser Autor, Andreas Boueke, berichtet seit fünfundzwanzig Jahren als freier Journalist aus Mittelamerika. Zudem unterstützt er Mayagemeinden im Hochland Guatemalas in ihrer Menschenrechtsarbeit und bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten. Den Bau sparsamer Kochherde hält er für eine effiziente Massnahme der Dorfentwicklung.

Dafür verwaltet das Welthaus Bielefeld ein Spendenkonto ("Guatemala, Kochherde", Sparkasse Bielefeld - IBAN: DE91 4805 0161 0000 0908 94 - BIC: SPBIDE33XXX, BLZ: 480 501 61, Kontonummer: 90894).

In Kooperation mit der deutschen Botschaft, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dem 24-Gute-Taten-Adventskalender und der Aktion Weltkinderhilfe konnten bisher über 2.400 Kochherde installiert werden. Er berichtet folgendes darüber:

Trockenes Holz ist ein wertvolles Gut, besonders in Guatemala, wo über die Hälfte der Bevölkerung ihre Mahlzeiten auf offenen Feuerstellen kocht. Hunderttausende Kinder machen sich Tag für Tag auf die Suche nach Feuerholz. Doch diese Aufgabe wird immer schwieriger und gefährlicher, weil immer weniger Wälder frei zugänglich sind. Jedes Jahr verliert das mittelamerikanische Land rund zwei Prozent seiner Waldfläche und die Besitzer grosser Landflächen rüsten auf. „Die Wärter der Plantagen schiessen auf uns, wenn sie sehen, dass wir auf den Feldern Holz sammeln“, erzählt der zehnjährige Estuardo. „Dann laufe ich weg, so schnell ich kann. Ich weiss nicht, ob sie auf uns schiessen oder in die Luft. Jedenfalls renne ich um mein Leben.“ Estuardos Mutter entfacht jeden Morgen ein offenes Feuer in ihrer Hütte. Schon ihre Eltern haben so Kaffee gekocht, genauso wie ihre Grosseltern und Urgrosseltern, trotz der Brandgefahr, trotz des enormen Holzverbrauchs und trotz des gesundheitsschädlichen Rauchs, der in jede Ecke der Hütten dringt. Deshalb ist die Installation sparsamer Kochherde eine besonders sinnvolle Massnahme der Gemeindeentwicklung. Zwar wird auch in den Herden Holz verbrannt, aber rund zwei Drittel weniger als auf offenem Feuer. Und die Schornsteine der Herde leiten den Rauch aus der Hütte, so dass die Lungen der Kinder sauber bleiben.

Weniger Feuerholz

Und noch ein Vorteil: Je mehr Familien sparsame Kochherde nutzen, desto weniger Kinder müssen sich auf der Suche nach Feuerholz in Gefahr bringen. Der 68-jährige José Molina erinnert sich, wie er selbst als Kind Holz gesammelt hat. Damals ging das schnell. Nie musste er besonders weit laufen. „Heute ist das anders“, sagt José Molina. „Ich begleite oft meinen Enkel, weil er entweder sehr weit gehen muss, oder noch vor Morgengrauen heimlich auf den Feldern der benachbarten Kaffeeplantage nach Unterholz sucht.“ Einmal sind die beiden um vier Uhr früh los gezogen. „Der Mond schien hell. Nach einer Stunde hatten wir eine ordentliche Menge kleiner Äste gesammelt und mit einem Seil zusammengebunden. Doch auf dem Weg zurück versperrte uns plötzlich ein bewaffneter Mann den Weg. Ich kannte ihn. Er wohnt nicht weit von uns entfernt. Aber seit er auf der Plantage arbeitet und eine Pistole trägt, glaubt er, er sei etwas besseres als wir.“ Don José bat den Wächter, ihn und seinen Enkel laufen zu lassen. Der Mann richtete die Pistole auf den Jungen und antwortete: „Von mir aus könnt ihr gehen, aber das Holz bleibt hier.“

Angst vor Pistolen

Auch die zwölfjährige Emna geht alle paar Tage Holz sammeln, oft zusammen mit ihrem älteren Cousin. „Einmal glaubte ein Aufpasser, wir würden Kaffee stehlen. Wir wollten weglaufen, aber dann fiel ein Schuss. Ich erschrak und konnte vor Angst keinen Schritt mehr machen. Mein Cousin blieb bei mir. Der Mann packte ihn und schleppte ihn fort. Er zog ihm all seine Kleider aus, schrieb mit Asche das Wort 'Dieb' auf seine Brust und jagte ihn nackt über die Straße. Das alles, nur weil meine Mutter kein Geld hat, um Holz zu kaufen.“ Viele Familien haben keine andere Wahl. Sie müssen Holz kaufen, für rund zwanzig € im Monat. Das kann bis zu zehn Prozent des Familieneinkommens ausmachen. Auch deshalb ist Don José Molina froh, dass er seit einem halben Jahr einen sparsamen Kochherd hat. „Wir verfeuern jetzt viel weniger Holz und mein Enkel braucht sich nicht mehr beim Holzsuchen in Gefahr zur bringen.“

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6